ALHAMBRA

ZEITUNG & PROGRAMM

SEPTEMBER

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

unser inhalt:

3.9. Naziaufmarsch verhindern 3

Bericht von der Reclaim-the-Streets-Demo in OL 5

Anti Lager Action 6

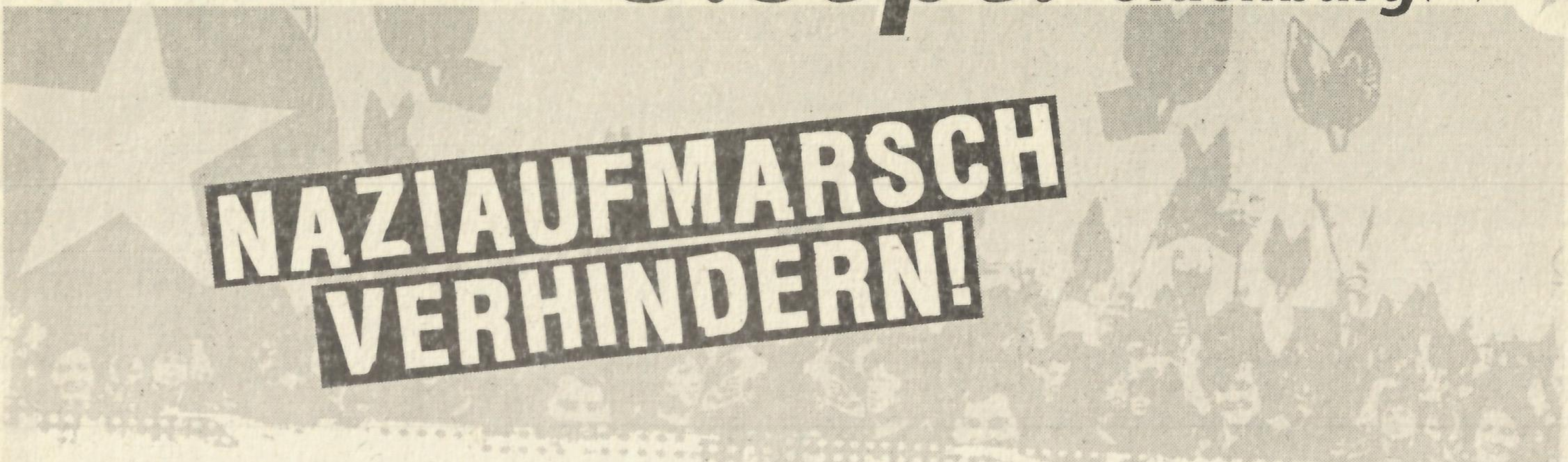
Crush Hour Concerts 10

Hindelang und Hindukusch 11

Neutral bis zur Parteilichkeit 12

Literaturseite 14

10 Uhr Bahnhof **3.Sept.** **Oldenburg** (Oldb)



NAZIAUFMARSCH VERHINDERN!

Es ist soweit!

Der Nazi-Aufmarsch steht kurz bevor, und damit die Faschos auch wirklich keinen Meter marschieren können, hier nochmal die letzten Infos:

Die genaue Route der Nazis wird sich wohl erst kurz vorher rausstellen, und da sich sowas ohnehin immernoch ganz kurzfristig ändern kann (z.B. durch Auflagen oder Verbote) schaut unbedingt am Abend vorher nochmal ins Internet oder ruft das Infotelefon an.

Auf jeden Fall hat die NPD eine Route vom Bahnhof aus rund um die innenstadt angemeldet, vorbei am Schloßplatz.
Verteilt euch also erstmal ausgewogen auf die Kundgebungen am Bahnhofsvorplatz (Südseite) und am ZOB (Nordseite), denn da müssen sie rauskommen.

Am 3.September gibt es dann zwei Infotelefone, die den ganzen Tag besetzt sind, sowie eine Radiosendung mit aktuellen Infos um zu gewährleisten, daß ihr immer wisst, wo die Faschos sind.
Denn da wollen wir hin!

Außerdem werden wir natürlich über Lautsprecherwägen & Megaphone Infos weitergeben.

Egal was ihr vorhabt, passt auf euch und die Leute drum herum auf!
Falls jemand verletzt wird, haben wir SanitäterInnen, die sich um kleinere Verletzungen kümmern und erste Hilfe leisten können. Falls gerade keineR in eurer Nähe ist, ruft einfach eins der Infotelefone an, die schicken euch jemanden.

Wird jemand festgenommen, meldet die Person beim EA (Ermittlungsausschuss) unter 0441/14402, dort sitzen Leute von uns, die den Überblick behalten, wer abgehaftet wurde, sich falls nötig um AnwältInnen kümmern und rausfinden, wo die Festgenommenen hingebracht werden und wann sie wieder rauskommen.
Werdet ihr selbst festgenommen, müsst ihr den Bullen nichts sagen, außer Name, Meldeadresse, Geburtsdatum und eine allgemeine Berufsbezeichnung. Unterschreibt auch nichts! Alles weitere kann immernoch hinterher nach Absprache mit einem Anwalt und der Oldenburger Rechtshilfe (Do., 21 Uhr im Alhambra) geklärt werden.

Wenn ihr euch ausruhen müsst oder einen Treffpunkt braucht, könnt ihr ins DGB-Haus (Kaiserstraße 4-6) oder in die ALSO (Kaiserstraße 19) gehen, beide Häuser sind den ganzen Tag geöffnet.

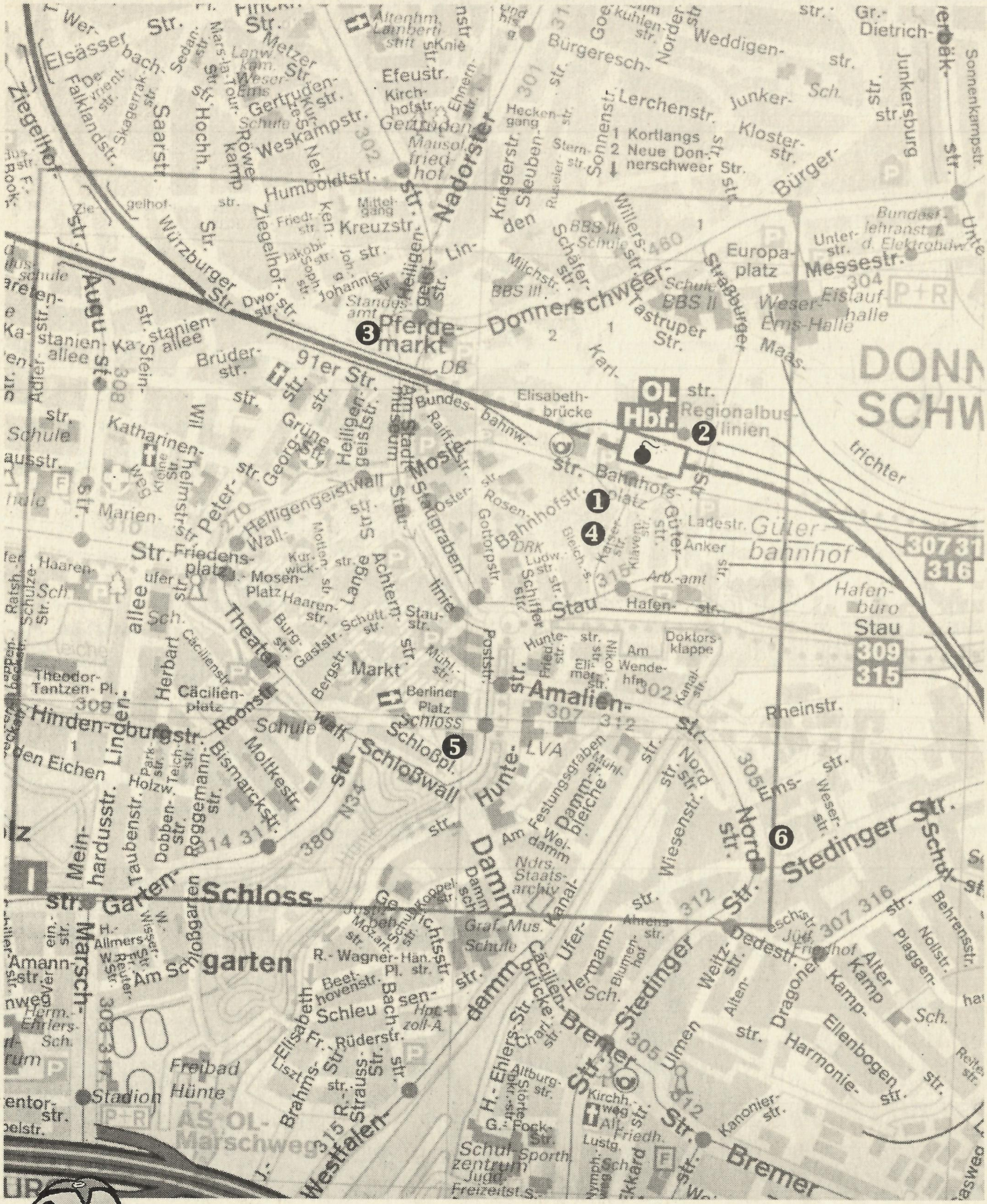
V.i.S.d.P.: M. Maier, Stautorkreisel 01, Oldb.

EA: 0441/14402
Infotelefone: 0441 / 2488660
0170 / 1052288
Inforadio: O1 auf UKW 106,5 ab 10h

www.alhambra.de

EA: 0441/14402
Infotelefone: 0441 / 2488660
0170 / 1052288
Inforadio: O1 auf UKW 106,5 ab 10h

- Bahnhof (NPD-Treffpunkt)
- ❶ Bahnhofsvorplatz (Antifa-Kundgebung)
- ❷ ZOB (Antifa-Kundgebung)
- ❸ Pferdemarkt (Antifa-Kundgebung)
- ❹ Kaiserstraße (DGB-Haus/ALSO)
- ❺ Schloßplatz (geplanter NPD-Kundgebungsort)
- ❻ Alhambra (Autonomes Zentrum)



www.alhambra.de/nonazis/index.htm

die RTS-Demo für mehr Wagenburgen hat trotz schlechtem wetter und keinen hundert TeilnehmerInnen sehr viel Spaß gemacht. Es war mit zwei Treckern mit Bauwägen, vier LKWs und zwei Bussen, größtenteils auch mit Hängern, schon mal ein stattlicher Umzug auf den Rädern.

Erste Stadtspiel Ereigniskarte:

du gehörst zur Gruppe GELB!

wenn das lied „clandestino" von manu chao gespielt wird hast du 5 minuten zeit, um unauffällig in die burgstrasse zu kommen. dort geht die demo dann weiter.

wenn du deine bezugsgruppe nicht verlassen willst sucht euch eine gemeinsame farbe aus. wenn du deine gruppe nicht findest schliess dich einer anderen an. wenn du nicht mitspielen willst bleib bei der demo. bein stadtspiel haben wir nichts vor, was illegal oder gefährlich ist.

dieses Getränk ist

UMSONST !

sie dürfen es trinken, ohne dafür irgendwas zu bezahlen. nicht an uns nicht an die Betreiber des Cafes oder Restaurants in dem sie sitzen.

wir sind der Meinung dass es schöne Dinge für alle geben sollte und nicht nur für die die viel Geld haben.

wir fordern die Revolution und tolle Parties und Schokolade und das Ende aller Unterdrückung. und 100 Bauwagenplätze für Oldenburg!

geht zum waffenplatz. kauft bei plus ein paar paletten getränke und klebt die aufkleber drauf. verteilt die getränke und die passenden flyer an die menschen in den gastronomiebetrieben. kommt dann zum lefferseck. wenn ihr bei plus raus seid beeilt euch, dann habt ihr 3 minuten zeit.

Als besonderes Highlight haben wir, getreu dem Motto „Demo ist mehr als Latschen", die ganzen FußgangerInnen der Demo weggezaubert und in einer Stadtrallye in kleinen Gruppen durch die Stadt geschickt. Dort haben sie kleine, lustige bis revolutionäre Aufgaben gelöst, von denen wir zwei auf dieser Seite dokumentiert haben... als Abschluß haben dann alle noch eine Ausflug gemacht und dort eine nette Party gefeiert.

Tanzen sie auf den Tischen !!!

...damit das Niemand anderes für sie tun muss. So wie 2003, als die BetreiberInnen der Wallstrasse versuchten mit einer „roten Meile" Kunden anzulocken. Da wurde kurzerhand dien ganze Strasse abgesperrt und für das Betreten Eintritt verlangt.Drinnen durfte mensch dann halbnackte Frauen begaffen, die zu Sexobjekten degradiert auf den Tischen tanzten. Und auch wenn die TänzerInnen den Job freiwillig machen, wird durch soche Veranstalgungen das, sowieso schon in der Gesellschaft verankerte Bild der willenlosen Plastikfrauen gefördert, und so eine Auseiandersetzung mit der Unterdrückung von Frauen verhindert. In Oldenburg werden, wie überall auf der Welt, Kinder und Frauen durch Lebensumstände oder Gewalt zur Prostitution gezwungen.

Also Tanzen SIE auf den Tischen,
aber denken sie vorher darüber nach !!!

baue an einem schönen Ort in der city ein Picknick für die Allgemeinheit auf. du hast 5 minuten zeit. dann öffne den nächsten Umschlag.

Aktionstour gegen das europäische Lagersystem. Für Bewegungsfreiheit! Gleiche Rechte für Alle!

24./25. September 2005

Überall auf der Welt kämpfen Menschen gegen Lager, teils von innen, teils von außen. Diesen Ball werden wir am 24./25. September aufnehmen – mit einer zweitägigen Aktionstour gegen das Europäische Lagersystem von Bramsche/Niedersachsen nach Mecklenburg-Vorpommern. Unsere Botschaft ist unmissverständlich: Lager sind repressive Nicht-Orte, ihnen ist ohne Wenn und Aber eine Absage zu erteilen. Wir werden deshalb keine Mühe scheuen, die Isolation zu unterwandern, auf die Lagerpolitik abzielt. Wir lassen uns nicht aufteilen – in die, die dazu gehören und die, die auf ihre nackte Existenz reduziert und letztlich abgeschoben oder in die Papierlosigkeit getrieben werden sollen. In Bramsche werden wir uns am 24.9. zusammen mit AktivistInnen des *Komitees für Grundrechte und Demokratie* für eine öffentliche Inspektion des dortigen Abschiebelagers stark machen. Außerdem wird es uns darum gehen, den Forderungen Nachdruck zu verleihen, die etliche InsassInnen von Bramsche in jüngerer Zeit mehrfach öffentlich formuliert haben, dazu gehört insbesondere die sofortige Schließung des Lagers und die Erteilung eines unbefristeten Bleiberechts. In Mecklenburg-Vorpommern werden wir uns am 25.9. ebenfalls in bereits laufende Auseinandersetzungen einklinken. Auch dort protestieren Flüchtlinge an verschiedenen Orten gegen ihre völlig maroden und meist weit abgelegenen Unterkünfte.

Wir werden gemeinsam – Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge – im Konvoi von Bramsche nach Mecklenburg-Vorpommern fahren. Das wird nicht gehen, ohne zahlreiche Landkreise zu durchqueren und somit immer wieder die *Residenzpflicht* zu verletzen, der Flüchtlinge per Gesetz unterliegen. Diese Herausforderung werden wir offensiv annehmen, sie liegt auf einer Linie mit dem Kampf, den verschiedene Flüchtlingsorganisationen bereits seit Jahren gegen die Residenzpflicht führen. Am 24./25.9. werden wir es zwar mit Lagern in Deutschland zu tun haben, doch politisch geht es uns um mehr: Unser Anliegen ist es, einen Bogen zum Europäischen Lagersystem insgesamt zu schlagen; insbesondere werden wir die öffentliche Aufmerksamkeit auf die derzeit mit Hochdruck forcierte EU-Lagerpolitik in Nordafrika lenken. Denn im Kern geht es nicht um einzelne Lager in einzelnen Ländern, sondern um ein System, dessen grausame Effizienz gerade darin besteht, auf einer Kombination unterschiedlicher, fein aufeinander abgestimmter Lagertypen zu basieren – im direkten Zusammenspiel mit weiteren migrationspolitischen Maßnahmen.

Last but not least: Das NoLager-Netzwerk ist ein bundesweiter Zusammenschluss antirassistischer, feministischer und autonomer Gruppen; eine zentrale Rolle spielen Flüchtlingsselbstorganisationen, darunter die *Brandenburger Flüchtlingsinitiative*, *The Voice* und die *Karawane*. Wir sind in den vergangenen Jahren mit zahlreichen Anti-Lager-Aktionen in Erscheinung getreten. Vergangenes Jahr waren wir etwa 17 Tage lang als *Anti-Lager-action-Tour* in mehreren nord- und ostdeutschen Bundesländern unterwegs. 2005 sind wir bisher zweimal aktiv geworden: Am 2. April haben wir im Rahmen eines europaweiten Aktionstags für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht auf dem Gelände des so genannten Dschungelheims Bahnsdorf in Brandenburg demonstriert. Am 1. Mai liefen wir als NoLager-Block an der Spitze der *Euromayday*-Parade in Hamburg.

Der Kampf um das Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit spitzt sich immer stärker zu – sowohl an den Rändern als auch im Inneren der EU: Auf der einen Seite gelingt es Jahr für Jahr mehreren hunderttausend Flüchtlingen und MigrantInnen, ihren eigenen Weg in die EU zu bahnen, allein über die Grenzen im Süden Europas reisen jährlich ca. 400.000 Menschen ohne Papiere in die EU ein. Die Arbeits- und Lebensbedingungen, mit denen sie es zu tun bekommen, sind zwar meist absolut krass, und doch sollte das nicht den Blick für den Mut, den Erfindungsreichtum und die Entschiedenheit verstellen, womit sich Flüchtlinge und MigrantInnen immer wieder den Klauen des EU-Grenz- und Polizeiregimes entziehen. Das zur Kenntnis zu nehmen, ist vor allem deshalb wichtig, weil sich hierin nicht weniger als der Anspruch auf ein besseres Leben artikuliert – ein Leben in Würde und Selbstbestimmung, in Sicherheit und unter Existenzbedingungen, die nicht nur vom Allernotwendigsten geprägt sind.

Flucht und Migration bringen also einmal mehr das Problem globaler Gerechtigkeit auf den Tisch; sie stellen praktisch und unmittelbar das (neokoloniale) Kommando des Nordens in Frage, das immer noch weite Teile des Südens in den Status unterworfener; wenn nicht abgekoppelter Peripherien zwingt! Genauso wenig sollte aber aus dem Blick geraten, dass die Zahl derer permanent wächst, die an den vom EU-Grenzregime aufgebauten Hürden scheitern. So kommen unzählige Flüchtlinge und MigrantInnen gar nicht erst in Europa an: Sie werden in Transitländern abgefangen und interniert oder sie können aus Geldmangel ihre Reise nicht fortsetzen; stattdessen müssen sie sich unter zum Teil dramatischen Bedingungen jahrelang durchschlagen, in der Hoffnung, irgendwann das notwendige Geld für die Weiterfahrt organisiert zu haben. Wieder andere kommen ums Leben – in der Wüste, bei der Überquerung des Meeres oder durch nackte Gewalt. Schließlich sind da noch die, die es zwar nach Europa geschafft haben, von dort jedoch wieder abgeschoben werden, manche gleich nach ihrer Ankunft, andere erst am Ende jahrelanger Asylverfahren.

Allein: Der EU-Migrationsbürokratie reicht das nicht, sie arbeitet weiterhin ihrem Orwellschen Ziel entgegen, die Zugänge nach Europa möglichst umfassend und flexibel regulieren zu können, letzten Endes soll nur noch den Menschen Einlass gewährt werden, die tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt als SpezialistInnen oder als billige, flexible und gewerkschaftlich unorganisierte Arbeitskräfte gebraucht werden.

Eine zentrale Rolle im EU-Grenzregime spielt das Europäische Lagersystem. Sein Ausbau wird derzeit besonders intensiv vorangetrieben. Geplant und zum Teil schon realisiert ist eine Art doppelter (oder noch tiefer gestaffelter) Lager-Gürtel sowohl entlang der EU-Außengrenzen als auch außerhalb der EU – von der Ukraine im Osten bis nach Mauretanien im Süden.

kein
mensch
ist
illegal

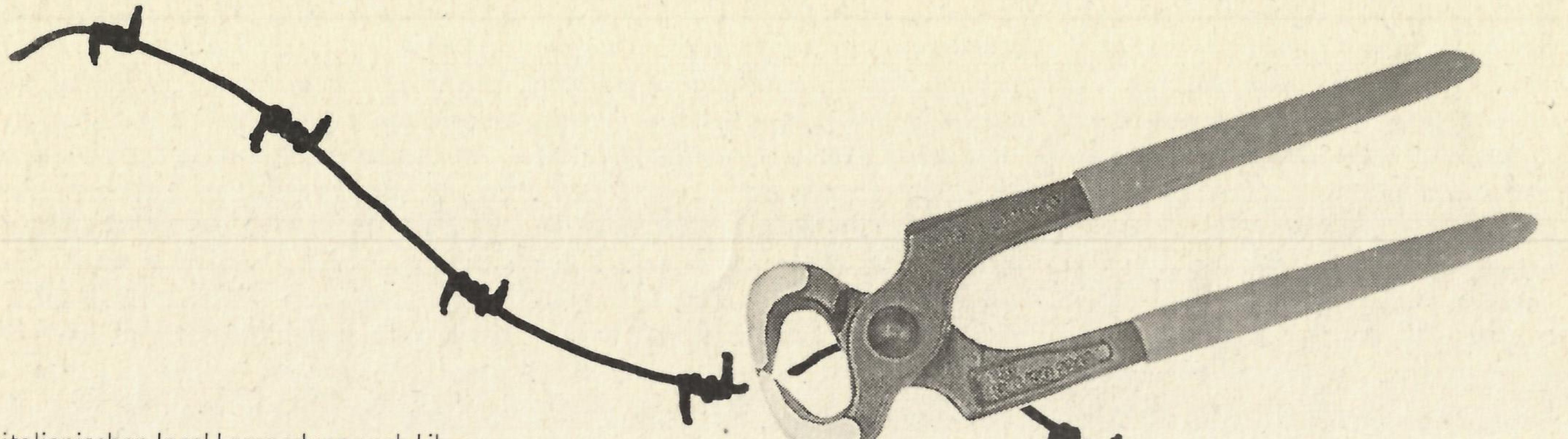
Auf diese Weise sollen Flüchtlinge und MigrantInnen bereits frühzeitig vor bzw. an den Toren Europas abgefangen und direkt zurückgebracht werden. Sollten diese Pläne auch nur ansatzweise in die Tat umgesetzt werden, würde dies bedeuten, dass es zukünftig deutlich weniger Flüchtlinge und MigrantInnen schaffen werden, überhaupt nach Europa zu kommen und somit ihr fundamentales Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit durchzusetzen!

Flüchtlingsauffanglager in unmittelbarer Nähe zur EU wurden erstmalig 1999 während des Kosovo-Kriegs errichtet: Damals gelang es einer Koalition aus NGOs und westlichen Kriegsparteien, ca. 550.000 von 800.000 kosovarischen Flüchtlingen direkt in temporäre und streng bewachte Flüchtlingslager in Albanien und Mazedonien zu lotsen; millionenfache Flüchtlingsströme nach Westeuropa wie noch in den frühen Phasen des Krieges im ehemaligen Jugoslawien konnten so unterbunden werden. Insbesondere dieses aus herrschender Sicht migrationspolitische Meisterstück ist es gewesen, das den britischen Premier Tony Blair 2003 im Angesicht des aufziehenden Irak-Kriegs seine ‚new visions for refugees' formulieren ließ: Danach sollten Flüchtlinge rund um den Globus in EU-finanzierten und von der UN verwalteten Lagern untergebracht werden, etwaige Asylanträge müssten sodann in diesen nahe der jeweiligen Kriegs- und Krisenregion errichteten Lagern gestellt werden. Blairs Vorschläge sorgten seinerzeit für nahezu einhellige Ablehnung in der europäischen Öffentlichkeit, wurden jedoch bereits 1 Jahr später von Bundesinnenminister Otto Schily und seinem italienischen Amtskollegen Giuseppe Pisanu neu aufgelegt – mittlerweile mit ausschließlicher Fokussierung auf Lager in Nordafrika. Im Oktober 2004 haben schließlich die Justiz- und Innenminister der EU verkündet, dass die EU die Errichtung von „Aufnahmezentren für Asylbewerber" in Algerien, Tunesien, Marokko, Mauretanien und Libyen anstreben würde, jedoch nicht unter Leitung der EU, sondern in Eigenregie der jeweiligen Länder. Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Waffenverkäufe und diplomatisches Stillschweigen hinsichtlich zahlreicher Menschenrechtsverletzungen, in welche sämtliche dieser überwiegend diktatorisch regierten Länder verwickelt sind, sollen den Weg dorthin ebnen.

Mittlerweile sind diese Entwicklungen auf unterschiedlichen Ebenen weiter vorangetrieben worden. So ist die EU endgültig mit dem jahrzehntelang als „Schurkenstaat" titulierten Libyen handelseinig geworden; unter anderem wird die EU zukünftig an der Ausbildung der libyschen Grenzpolizei beteiligt sein. Die Innenminister von Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien haben des Weiteren auf einem so genannten G5-Treffen in Evian einen abermaligen Ausbau des Grenz- und Visaregimes beschlossen – insbesondere zur Abwehr irregulärer Migration an der südlichen EU-Grenze. Hierzu gehört auch der Beschluss, baldmöglichst mit gemeinsamen Sammelabschiebungen in Charterflugzeugen zu beginnen. All dies geht Hand in Hand mit Aktivitäten einzelner Länder: So hat Deutschland bei Tunesien ausdrücklich einen Ausbau des Grenzregimes angemahnt (wozu natürlich auch die Einrichtung von Auffanglagern gehört); im Gegenzug solle Tunesien allein in den Jahren 2005 und 2006 mit 57 Millionen Euro unterstützt werden. Langfristig geht es darum, Tunesien bis 2010 zusammen mit anderen nordafrikanischen Staaten in den europäischen Freihandel einzubinden.

Was die Lagerpläne konkret bedeuten, kann an den mit italienischer Hilfe bereits errichteten Lagern in Tunesien und Libyen abgelesen werden: So finden aus diesen streng von jeder Öffentlichkeit abgeschirmten Lagern regelmäßig brutale und absolut menschenverachtende Abschiebungen statt, unter anderem sind Menschen mitten im Wüsten-Niemandsland ausgesetzt worden. Es steht zu befürchten, dass auf diese Weise bereits mehrere hundert, womöglich mehrere tausend Menschen ums Leben gekommen sind.

Ein weiterer Lagergürtel entlang der EU-Außengrenzen ist bereits weitgehend fertig gestellt: Ob an der polnisch-ukrainischen Grenze, in Ostgriechenland oder auf den Kanarischen Inseln (Spanien), überall sind in den letzten Jahren große Lagerkomplexe auf EU-Territorium entstanden, in denen neu ankommende Flüchtlinge und MigrantInnen interniert und möglichst direkt in die angrenzenden, teils sogar als *sicher* definierten Nicht-EU-Nachbarländer abgeschoben werden. So sind z.B. im Oktober letzten Jahres 1000 Flüchtlinge ohne Ansehen der Person und ohne Prüfung ihrer individuellen Fluchtgründe mittels einer vom Militär bereitgestellten Luftbrücke von der



italienischen Insel Lampedusa nach Libyen abgeschoben worden.
Ein ebenfalls elementarer Bestandteil des Europäischen Lagersystems sind die Lager innerhalb der einzelnen EU-Länder. Allein Deutschland kennt 5 Lagertypen: Zentrale Aufnahmestellen, Gemeinschaftsunterkünfte, Abschiebelager („Ausreisezentren"), Abschiebeknäste und Kombi-Lager wie z.B. in Bramsche. Viele dieser meist völlig heruntergekommenen Lager sind weit abgelegen – in Wäldern, in Industriezonen oder am Stadtrand. Zusätzlich zur sozialen Isolation kommt ein ausgeklügeltes Schikane- und Demütigungssystem einschließlich rassistischer Sondergesetze wie z.B. das weitgehende Arbeitsverbot für Flüchtlinge. Besonders hervorzuheben ist die (bislang) nur in Deutschland bekannte Residenzpflicht, welche es Flüchtlingen während der gesamten Dauer ihres Asylverfahrens verbietet, ohne Genehmigung der Behörden den ihnen zugewiesenen Landkreis zu verlassen. Die Einhaltung der Residenzpflicht ist zwar nicht lückenlos überprüfbar, trotzdem wirkt das Gesetz auf viele Flüchtlinge wie eine Fußfessel. Die Residenzpflicht ist also ein zentraler Baustein des deutschen Lagersystems, sie zielt darauf ab, Flüchtlinge zu isolieren, einzuschüchtern und auf diese Weise dem ständigen Zugriff der Behörden auszuliefern.
Das Europäische Lagersystem hat nicht nur viele Gesichter, es erfüllt auch unterschiedliche Aufgaben. Einerseits sollen Flüchtlinge und MigrantInnen mittels Lagerpolitik festgesetzt, isoliert und kontrolliert werden. Denn nur so geht das Kalkül auf, sie möglichst effektiv und geräuschlos auf ihrem Weg nach Europa abzufangen und zurückzuschicken bzw. sie aus Europa wieder abzuschieben. Andererseits geht es darum, Flüchtlinge abzuschrecken bzw. in die Illegalität zu treiben. Dahinter steckt eine Doppelstrategie: Flüchtlinge ohne Papiere kosten nichts, außerdem stehen sie den untersten Abteilungen des europäischen Arbeitsmarkts als besonders einfach erpressbare Arbeitskräfte zur Verfügung. Praktisch folgt hieraus, dass der Kampf um freien Zugang nach Europa und Bewegungsfreiheit immer schon mit dem Kampf um gleiche Rechte für alle kurzgeschlossen werden muss!

Aktionsorte

Das Abschiebelager in Bramsche-Hesepe besteht seit November 2000. Von Beginn an war diese Einrichtung ein Modellprojekt für Lagerpolitik in Deutschland. Dieses Modell nennt sich „Freiwillige Rückkehr".
In Bramsche-Hesepe werden nicht zuletzt Flüchtlinge untergebracht, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen sind, bei denen aber aufgrund einer Prognoseaussage des *Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge* die Wahrscheinlichkeit groß ist, daß die Verfahren negativ verlaufen werden. In diesem Sinne findet in Bramsche-Hesepe eine „Beratung" einzig in Richtung „Freiwilliger Rückkehr" statt. Bleibeperspektiven kommen nicht zur Sprache. Für die bundesdeutsche Asylpolitik hat damit dieses Lager eine besondere Wichtigkeit, denn hier wird ausprobiert, mit welchen Mitteln Flüchtlinge dazu gedrängt werden können, schnellstmöglich das Land wieder zu verlassen. Das bestätigte zuletzt die Landesregierung am 14. März 2005: „Die Erfahrungen und Kompetenzen in Bramsche sollen auch dafür genutzt werden, die Verstärkung der Rückführungsansätze – insbesondere die Beratung zur Freiwilligen Rückkehr – auch in den übrigen Gemeinschaftsunterkünften der Zentralen Aufnahme- und Ausländereinrichtungen zu intensivieren."
Dabei kann bei der so genannten „Beratung zur Freiwilligen Rückkehr" von Freiwilligkeit kaum die Rede sein. Die Flüchtlinge werden vielmehr durch ein Bündel unterschiedlicher repressiver Maßnahmen dazu gedrängt, ein Papier zu unterschreiben, mit dem sie ihrer „Freiwillige Rückkehr" zustimmen. Dieses Papier wird ihnen immer wieder in der lagerinternen Ausländerbehörde vorgelegt. Unterschreiben sie es nicht, setzt eine Kette von Einschränkungen der wenigen Rechte und Leistungen ein, die die Gesetzgebung Flüchtlingen überhaupt läßt: Kürzung oder gar Streichung des „Taschengeldes", Nichtzulassen zur „gemeinnützigen Arbeit" (1-2 □/Stunde), Einschränkung der ohnehin eingeschränkten Reisefreiheit etc. Den Flüchtlingen bleibt, sich in einem Lager aufzuhalten, das sie zwar verlassen dürfen, dessen Verlassen aber nicht vorgesehen ist. Denn auch dieses Lager liegt im Wald, der nächste größere Ort ist nur mit entsprechenden finanziellen Mitteln zu erreichen. Die Lebensumstände sind so organisiert, dass es keinen ‚offiziellen' Anlaß gibt, das Lager zu verlassen. Die Infrastruktur befindet sich komplett im Lager: Sämtliche Behörden, die Kantine für die Nahrungsaufnahme, die Kleiderkammer, die Sanitätsstation, die Kindertagesstätte und auch die Schule für die schulpflichtigen der ca. 150 Kinder. Nichtsdestotrotz reisen von Bramsche-Hesepe nicht viele Flüchtlinge „freiwillig" aus. Eine viel größere Zahl zieht stattdessen die Illegalität vor. Schließlich gibt es immer wieder Proteste seitens der

InsassInnen des Lagers, die Hauptforderung lautet meist „Schließung des Lagers".

Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern bieten sich mehrere Orte an, um am 25.9. aktiv zu werden. In Retschow etwa liegt das Flüchtlingslager direkt am Waldrand. Mit den wenigen NachbarInnen gibt es keine Kontakte. Einkäufe, Arztbesuche etc. müssen im 7 Kilometer entfernten Bad Doberan erledigt werden, der Bus fährt nur selten, am Wochenende gar nicht. Kurzum: Die soziale Isolation ist so gut wie total. Hinzu kommen katastrophale hygienische Bedingungen in der ehemaligen, völlig verfallenen Kaserne. In vielen Zimmern sind auf 24 qm. 6-10 Personen untergebracht. Bereits seit Monaten protestieren die BewohnerInnen gegen das Lager, sie fordern seine sofortige Schließung. Die Behörden wiegeln indessen ab, sie verweisen darauf, dass das Heim spätestens Ende 2006 (!) sowieso geschlossen werden soll.
Die Lagerpolitik in Mecklenburg-Vorpommern durchläuft derzeit große Veränderungen: Viele Lager werden im Zuge permanent sinkender Flüchtlingszahlen geschlossen. Das betrifft vorzugsweise Lager in den Städten, demgegenüber werden Lager auf dem Land weiterhin aufrechterhalten – z.B. in Ribnitz-Damgarten-Saal. Die Landesregierung verstößt damit einmal mehr gegen ihren eigenen so genannten Dschungelheimerlass, wonach Flüchtlingslager außerhalb geschlossener Wohnbebauungen unzulässig seien. Besonders bedenklich ist, dass das Innenministerium erst jüngst angekündigt hat, dass in der bisherigen Erstaufnahmestelle Horst/Boizenburg zukünftig auch Menschen untergebracht werden sollen, (1) deren Asylantrag abgelehnt wurde und die keine Klage dagegen erhoben haben, die (2) während ihres Aufenthalts ausreisepflichtig geworden sind oder die (3) Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sind und denen nur vorübergehender Schutz zu gewährleisten ist. Es steht mit anderen Worten zu befürchten, dass das völlig isoliert gelegene Horst zu einer Art Abschiebe- bzw. Vertreibungslager á la Bramsche ausgebaut werden soll. Bemerkenswert ist letzteres auch im Kontext davon, dass derzeit ein Umzug der Hamburger Zentralen Erstaufnahmestelle nach Horst geplant ist – wodurch wohl die Lebenssituation von Flüchtlingen, die formell in Hamburg registriert sind, gezielt verschlechtert, d.h. auf das Nivau von Mecklenburg-Vorpommern runtergedrückt werden soll.

Keine Lager – nicht hier und nicht anderswo!

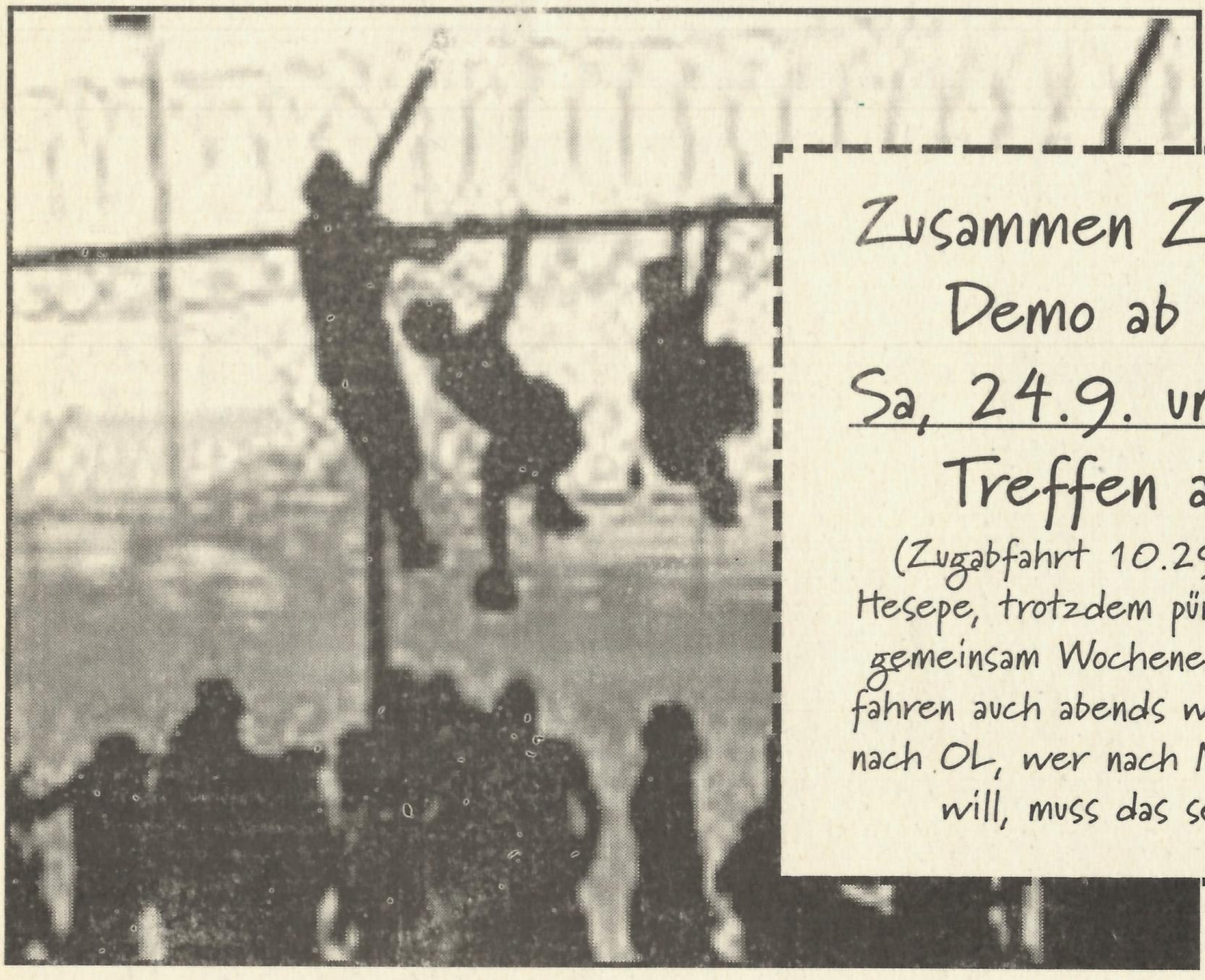
Treffpunkt 24.9.: 12 Uhr Bahnhof Bramsche-Hesepe. Nähere Informationen zu den Aktionen in Bramsche und Mecklenburg-Vorpommern auf www.nolager.de

Kontakt:

Mail: no_lager@yahoo.de

Fon: 0163 – 46 34 594

ViSdP: Dee Fencer , Waldweg 1, 65087 Grauwacke



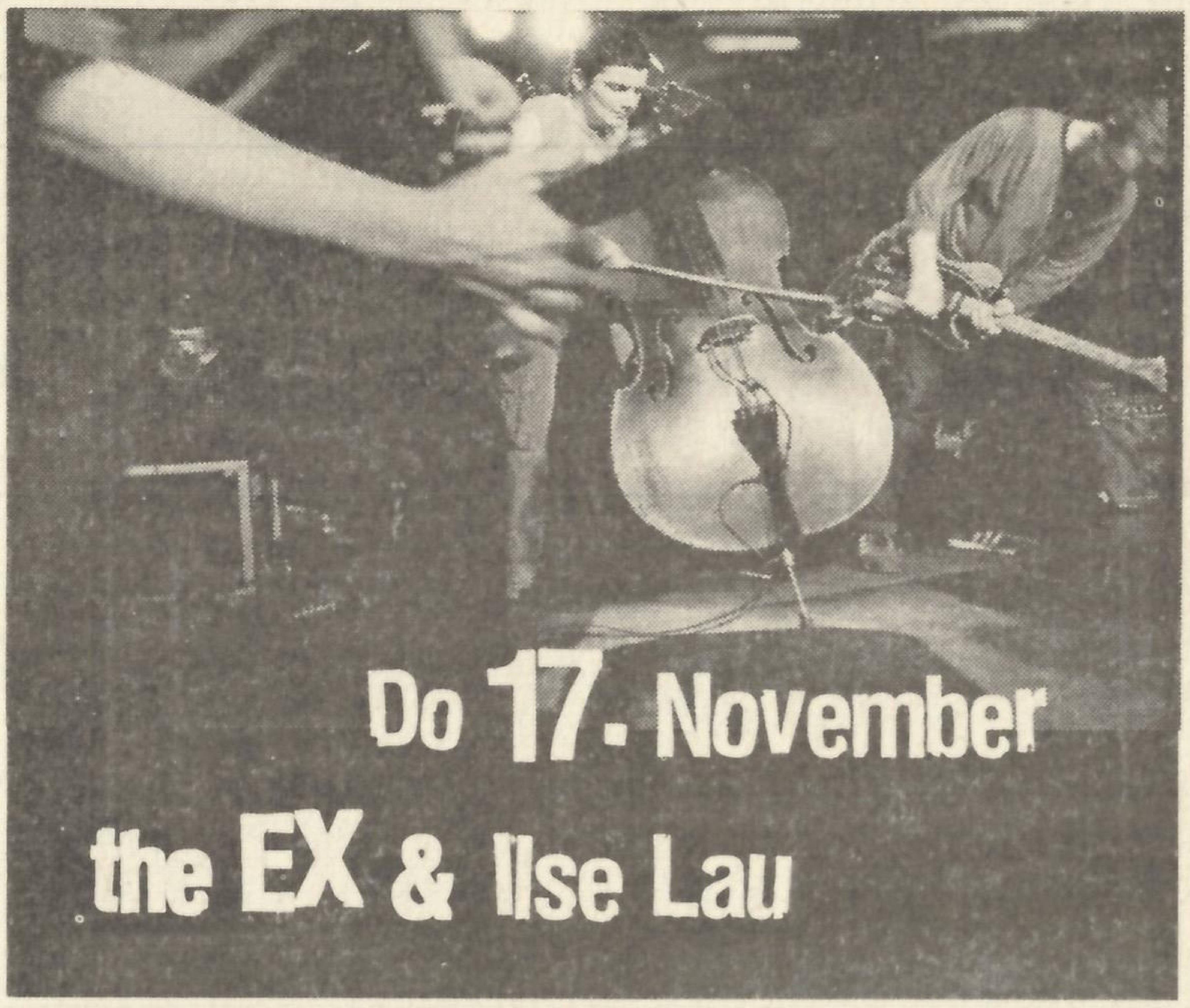
Zusammen Zug fahren zur Demo ab Oldenburg:

Sa, 24.9. um 10.00 Uhr

Treffen am Bahnhof

(Zugabfahrt 10.29, Ankunft 11.46 in Hesepe, trotzdem pünktlich kommen, wegen gemeinsam Wochenendtickets kaufen! Wir fahren auch abends wieder zusammen zurück nach OL, wer nach Meck.-Pomm. mitfahren will, muss das selbst organisieren.)

crush hour concerts proudly presents:



Ja, es ist wahr! Unsere Wünsche haben sich erfüllt:

grandiose Singer/Songwriterin aus USA, mitstreiterin von Adam Green in seiner ersten Band

DI **4.10.**
21 uhr

Kimya Dawsoh

Sonntag **9. Oktober:**
autonomes Theaterstück

Hindelang und Hindukusch

50 Jahre nach ihrer Gründung ist die Bundeswehr eine Interventionsarrnee

von Andrea Kolling

»Na dann siegt mal schön«, sagte vor 50 Jahren Bundespräsident Theodor Heuss zu den ersten Bundeswehrsoldaten, die ins Manöver zogen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine Remilitarisierung Deutschlands zwar von den Alliierten und den GründerInnen der Bundesrepublik ausgeschlossen. Es dauerte aber nicht lange, bis die ent-sprechenden Gesetzestexte für den Aufbau der Bundeswehr und die NATO-Mitgliedschaft geändert wurden. Der Einsatz der Bundeswehr wurde allerdings nur zu Verteidigungszwecken erlaubt. Adenauer wollte Westdeutschland über die Landesverteidigung in die Blockkonfrontation und eine anti-kommunistische Ideologie einbinden. Inzwischen ist das wiedervereinigte Deutschland umzingelt von Freunden. Wozu dann noch eine kostspielige Armee? Die ursprünglichen Auflagen für die Bundeswehr interessieren heute wenig. Bereits die verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 erweiterten das Gefechtsfeld der Bundeswehr erheblich. Darin wird als »vitales Sicherheitsinteresse« die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« proklamiert. Die neuen Richtlinien von 2003 sind nicht ganz so unverblümt. Die Richtung bleibt aber, und zudem ist in Zeiten des Terrors von einem »erweiterten Sicherheitsbegriff« die Rede. Sicherheitspolitik lässt sich nun weder geographisch noch inhaltlich begrenzen. Verteidigungsminister Struck hat mit seinem nicht nur einmal geäußerten Satz deutlich gemacht, wohin die Reise geht: »Deutschland wird am Hindukusch verteidigt«. Auch in Hindelang, fügt die CDU hinzu. Sie will die Bundeswehr auch im Inneren einsetzen.

Die Bundeswehr wird daher seit Jahren zielstrebig zur Interventionsarmee umgebaut. Der glücklose Verteidigungsminister Scharping erläuterte, wie das bewerkstelligt wird: Die alte Verteidigungsarmee erhält weiterhin alle Rüstungsprojekte wie beschlossen (z.B. Jäger 90/ Eurofighter 2000) und der neue Interventionsteil wird quantitativ und qualitativ mit Mensch und Material auf- und ausgebaut. Das kostet reichlich und ist wie im Falle des Militärtransporters A400M manchmal eher eine industriepolitische denn eine militärpo-litische Entscheidung. Sparen lassen die Politiker lieber im Sozialbereich. Die deutsche Öffentlichkeit hat sich daran gewöhnt, dass die Bundeswehr potenziell auf Bundeswehrsoldaten im Ausland wie heute der ganzen Welt agiert. Nach der Wiedervereinigung wurden erste Auslandseinsätze be-schlossen, etwa in Kambodscha. Aus heutiger Sicht waren das kleine, harmlose »humanitäre« Einsätze. Mit Hilfe einer nicht zu übersehenden und später auch eingestandenen Salamitaktik, die von Ex-Kanzler Kohl begonnen und von Noch-Kanzler Schröder nahtlos weitergeführt wurde, näherten sich diese Interventionen schleichend ganz normalen Kriegseinsätzen an. »Out of area« hieß das entsprechende Schlagwort Mitte der 1990er jähre, und das bedeutete »friedenserhaltende«, »friedensschaffende«, »friedenssichernde«, aber auch »friedenserzwingende« Maßnahmen. Heute ist die Rede von »militärischen Interventionen«, »Präventivkriegen«, »asymmetrischen Kriegen«, »Krieg gegen den Terrorismus« oder »Entwaffnungskriegen«. Zweckbestimmt soll sie sein, die Sprache der Militärs und Politiker, vor allem aber ist sie verschleiernd, technokratisch und demagogisch.

Was mit ein paar Sanitätern im Ausland begann, fand seinen vorläufigen Höhepunkt in Bomben auf Belgrad. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der NATO 1999 um die Provinz Kosovo mit erstmaliger deutscher direkter Kriegsbeteiligung nach 1945 war eine Zäsur. Begründet wurde er von der rot-grünen Bundesregierung mit dem Argument, eine humanitäre Katastrophe verhindern zu wollen, und mit einem unsäglichen Auschwitzvergleich. Dieses ideologische Waterloo ist in der breiteren Öffentlichkeit längst vergessen. Dabei ist die mittlerweile unter UN-Mandat stehende Provinz Kosovo alles andere als befriedet. Nicht einmal die Waffen schweigen richtig.

Derzeit sind es die Ramboverschnitte des Kommandos Spezialkräfte (KSK), die in öffentlich weitgehend tabuisierten Einsätzen in den Bergen Afghanistans agieren. Öffentlich werden all diese Auslandseinsätze nach wie vor als »Friedenseinsätze« verkauft, von nationalen oder gar wirtschaftlichen Interessen wird nicht gesprochen. Wer ist schon gegen Frieden? Der deutsche Bürger in Uniform hilft doch nur- nicht nur beim Oderdammbruch, sondern auch in aller Welt. Schließlich ist Deutschland ein souveräner Staat, der weltweite Verantwortung übernehmen muss.

Der Einsatz der Bundesmarine in Aceh nach der Tsunami-Katastrophe diente nebenbei der Imagepflege und der Gewöhnung an die Normalität deutscher Soldaten im Ausland. Der weltweite Einsatz der Bundeswehr bedeutet aber nur in selteneren. Fällen ein enges »humanitäres« Mandat mit der Zustimmung der jeweiligen nationalen Regierung, wie im Falle von Aceh. Hier

wurde die Bundesmarine zurückgeholt, als die indonesische Zentralregierung fand, nun ist genug geholfen. Beim Bundeswehreinsatz 1999 in Osttimor lief es anders. Dort waren die Soldaten zur Unterstützung der anderen UN-Truppen vor Ort und nicht zur medizinischen Versorgung der Zivilbevölkerung. Noch nie gab es so viele Bundeswehrsoldaten im Ausland wie heute. Zum 50jährigen Bestehen der Bundeswehr warnt Interventions-minister Struck daher vor der wachsenden Gefahr für die Soldaten. Es sei realistisch, dass deutsche Soldaten in Zukunft »durch militärische Auseinandersetzungen« ums Leben kämen. Struck versucht die Deutschen damit moralisch auf mehr Krieg vorzubereiten, auch auf Angriffskrieg im Rahmen der NATO oder der EU. Wer in den UN-Sicherheitsrat will, muss eben mehr Verantwortung tragen, sprich bereit sein, Blutzoll zu zahlen. Ob es Männer oder Frauen sind, die sich in den Dienst dieser Sache stellen, ist dabei egal. Die zahlreichen Auslandseinsätze der Bundeswehr unter verschiedensten Mandaten haben die prinzipielle Kriegsfähigkeit der deutschen Nachkriegsarmee unter Beweis gestellt. Sie können mittlerweile nahezu unwidersprochen durchgesetzt werden - ein Erfolg für die Planer. Darüber hinaus werden militärische Ausstattungs- und Polizeihilfen in vielen Ländern verstärkt und nicht zuletzt der Rüstungsexport Na dann siegt mal schön? Fünfzig Jahre später ist aus diesem Ausspruch bitterer Ernst geworden. Gefeiert wird die Bundeswehr dennoch, etwa am 26.10. mit einem großer Zapfenstreich vor dem Reichstag. Es sine Protestkundgebungen geplant.

siehe www. friedenskooperative.de

aus der iz3w • September 2005

Neutral bis zur Parteilichkeit

Im Kongo zeigt sich, wohin die Interventionsstrategien der UN führen

von Alex Veit

Es klang wie eine Kriegserklärung, doch offiziell ging es um eine Friedensmission. Ende Juni 2005 erklärte Aldo Ajello, Beauftragter der Europäischen Union für die Region der Großen Seen in Afrika, dass die Geduld der EU mit den Demokratischen Kräften zur Befreiung Ruandas (FDLR) zu Ende sei. »Da die politische Option bislang nicht funktioniert hat, weil wir das Gefühl haben, dass die FDLR nicht versucht, ihre Verpflichtungen einzuhalten, gehen wir nun zur militärischen Option über.« Etwa zwei Wochen später berichteten die UN, dass Blauhelmsoldaten gemeinsam mit kongolesischen Regierungstruppen in das fragliche Gebiet eingerückt seien. Die Operation solle durch die Demon-stration militärischer Stärke vor allem »überzeugend« sein, doch werde jede Widerstand leistende Miliz »neutralisiert«. Die Mitglieder der FDLR-Miliz hatten sich nach dem Völkermord in Ruanda 1994 zum größten Teil in den Kongo geflüchtet. Viele von ihnen dürften direkt am damaligen Genozid beteiligt gewesen sein und können deshalb nicht ohne Angst vor harter Bestrafung nach Ruanda zurückkehren. Seit Jahren kontrolliert die Miliz ganze Landstriche im durch den Bürgerkrieg zerfallenen Kongo. Sie soll dabei regelmäßig schwerste Menschenrechtsverbrechen begehen.

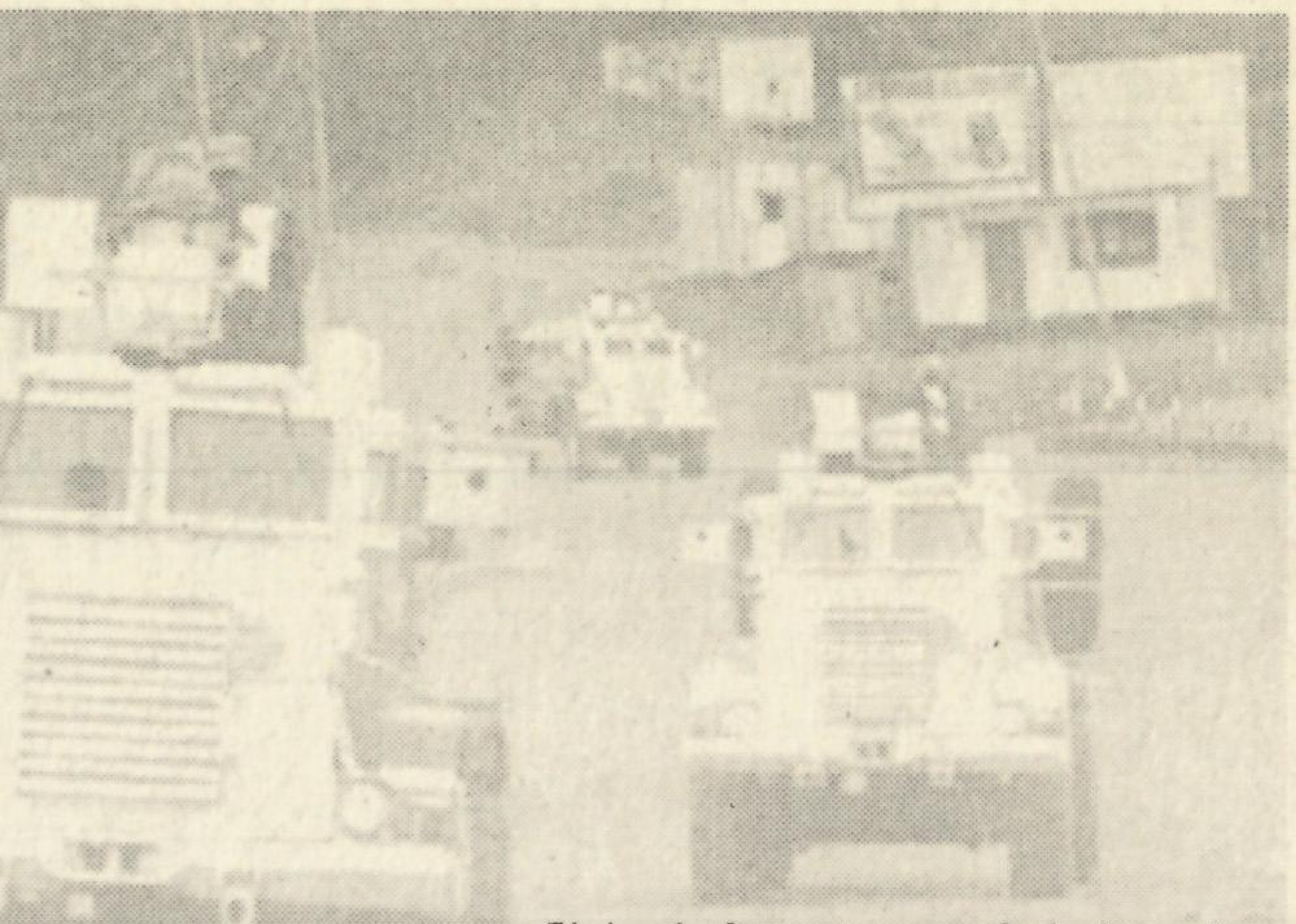
Sicherlich würde kaum jemand die FDLR als legitime Widerstandskraft gegen die Regierungen des Kongo oder Ruandas ansehen. Trotzdem zeigt der skizzierte Fall

einige neue Facetten der Politik der so genannten »internationalen Gemeinschaft« gegenüber irregulären bewaffneten Gruppen auf. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wer in Zukunft darüber entscheidet, wann der Einsatz von Gewalt gegen bewaffnete Akteure, vor allem in der »Dritten Welt«, legitim ist.

Der offensive Einsatz von Gewalt durch die UN ist in den vergangenen Jahren nicht nur im Kongo zur Normalität geworden. Nach dem Scheitern der Blauhelmeinsätze vor allem in Ruanda und Bosnien-Herzegowina in den 1990er Jahren, bei denen den Blauhelmen der Einsatz ihrer Waffen nur unter sehr eingeschränkten Umständen erlaubt war, führten Truppen unter UN-Mandat beispiels-weise in Sierra Leone, Côte d'Ivoire und Haiti zuweilen umfangreiche militärische Operationen durch. Dabei kamen immer wieder unbewaffnete Zivilisten ums Leben. Doch anders als noch bei der Somalia-Mission 1993 wurden diese Einsätze in der Öffentlichkeit kaum kritisiert, ja nicht einmal beachtet.

Ursprünglich stand hinter dem UN-Konzept der »Friedenserhaltung« die Idee, durch strikte Neutralität gegenüber Kriegsparteien Raum für einen Verhandlungsfrieden schaffen zu können. Diese Fiktion stieß bald an ihre Grenzen, denn die Stationierung von internationalen Soldaten veränderte die Machtbalancen in den betroffenen Konflikten, auch wenn die UN keine Seite bevorzugten. Die Untätigkeit gegenüber bewaffneten Einheiten, die sich nicht an Abkommen hielten und Menschenrechte verletzten, brachte jene Bürgerkriegsparteien, die sich dem Friedensprozess fügten, regelmäßig in Bedrängnis. In der westlichen Debatte wurde daher eine neue Kategorie erfunden: Die so genannten »Spoiler« oder »Beschädiger« von Friedensprozes-sen. Gegen diese Gruppen, so die neue Argumentation, könnte um den Preis des Friedens keine Neutralität gewahrt werden. Neutral könnten die UN nur gegenüber den Zielen ihres Mandats sein. Und das hieße auch, mit Gewalt gegen diejenigen vorzugehen, die diese Ziele gefährdeten.

Doch welche Seiten unterstützen die UN ganz konkret im Kongo? Die ehemaligen Warlords in der kongolesischen Regierung wurden mit Versprechungen von internatio-naler Hilfe und Schutz ihrer Machtpositionen in die Ministersessel gelockt. Die FDLR und eine ganze Reihe weiterer bewaffneter Gruppen wurden hingegen militärisch bedrängt. Dass ausgerechnet ein EU-Beauftragter einen gemeinsamen Einsatz von UN und kongolesisch-er Regierung ankündigt, weist auf die Verflechtung der internationalen Machtstrukturen im Kongo hin. Dass im gleichen Zeitraum bei Demonstrationen der kongolesischen Opposition in verschiedenen Städten mindestens sieben Menschen von der Polizei erschossen worden sind, spricht wiederum nicht für die Beachtung der Menschenrechte durch die Regierung.



Doch das ficht weder die UN noch die EU an: Die kongolesische Regierung besteht fast ausschließlich aus verfeindeten Anführern bewaffneter Gruppen, die in einem mühsamen Verhandlungsprozess an einen Tisch gebracht worden sind. Ausgerechnet ehemalige Warlords sollen nun die Garanten für die Wiederherstellung von »Recht und Ordnung« im Kongo sein. Die Legitimität dafür haben sie jedoch nicht von der kongolesischen Bevölkerung verliehen bekommen, sondern von der »internationalen Gemeinschaft«. Ein Beispiel dafür, dass die UN längst selbst zu einer subjektiven Partei in den Bürgerkriegen rund um den Globus geworden sind.

Beim geplanten Treffen der Staatsoberhäupter in der UN-Generalversammlung im September werden solche Entwicklungen aller Voraussicht nach nachträglich legitimiert werden. »Die Effektivität des globalen Sicherheitssystems, wie jede andere legale Ordnung, basiert letztlich nicht nur auf der Legalität der Entscheidungen, sondern auch auf einer gemeinsamen Auffassung ihrer Legitimität«, heißt es in den Vorschlägen der UN-Kommission zur Erarbeitung von Reformvorschlägen, die Generalsekretär Kofi Annan eingesetzt hatte. Es solle in Zukunft nicht darüber diskutiert werden, ob Gewalt angewandt werden kann, heißt es im Bericht dieser »Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel«, sondern wann sie eingesetzt werden soll.

Annan übernahm einen Krite-rienkatalog für die legitime Mandatierung von Gewalt, den die Kommission erstellt hat, in seine Vorschläge an die UN-Gremien. Unter anderem sollen in Zukunft der »Ernst der Bedrohung« und die »Redlichkeit der Motive« der Intervenierenden beurteilt werden. Beide Kriterien sind höchst fragwürdig. Die Einschätzung des Grads der Bedrohung wird immer von der Beurteilung der jeweiligen staatlichen Interessen geprägt sein, die bedroht sind. Welche Staaten die notwendige Macht haben, diese Interessen durchzusetzen, zeigt die Ankündigung der militärischen Offensive gegen die FDLR durch den EU-Repräsentanten Ajello ebenso wie sein Schweigen zu den Schüssen auf kongolesische Demonstranten wenig später. Und was können neben dem Schutz von Menschenrechten redliche Motive für militärische Interventionen sein: Die Unterbindung von kriegsbedingter Flucht? Die Sicherung des globalen Wirtschaftssystems? Die Herstellung eines Gewaltmonopols stellvertretend für eine aus ehemaligen Warlords gebildete Regierung?

aus der iz3w • September 2005

Das grüne Monster

noch eine Kurzgeschichte von Haruki Murakami

Wie immer ging mein Mann zur Arbeit, und ich blieb zurück und hatte nichts zu tun. Ich hatte keine Ahnung, was ich tun könnte. Ich setzte mich auf einen Stuhl ans Fenster und starrte durch die Vorhänge in den Garten. Nicht, daß es einen besonderen Grund dafür gegeben hätte. Ich sah einfach ohne bestimmtes Ziel in den Garten, weil es nichts anderes zu tun gab. Vielleicht, dachte ich, fällt mir etwas ein, was ich machen könnte. Es war vor allem eine Eiche, die ich unter den verschiedenen Dingen im Garten betrachtete. Ich hatte diese Eiche schon immer gemocht. Als Kind hatte ich sie selbst dort gepflanzt, und ich hatte zugesehen, wie sie wuchs. Sie war für mich wie eine Freundin. Wir unterhielten uns oft miteinander.

Ich glaube, auch diesmal sprach ich im stillen mit ihr. Doch worüber wir sprachen, weiß ich nicht mehr. Ich erinnere mich auch nicht, wie lange ich dort saß. Wenn ich in den Garten sehe, verrinnt die Zeit. Es muß jedoch eine ganze Weile gewesen sein, denn ringsherum dämmerte es bereits. Plötzlich hörte ich von irgendwoher, weit entfernt, ein seltsames dunkles Murmeln. Zuerst glaubte ich, es käme aus meinem Körper. Es war wie eine Halluzination, wie eine dunkle Vorahnung, die mein Körper in seinem Inneren spann. Ich hielt den Atem an und lauschte auf das Geräusch. Langsam, aber sicher kam es näher. Ich hatte keine Vorstellung, was das für ein Geräusch sein konnte. Ich bekam eine Gänsehaut, so unheimlich war es. Es dauerte nicht lange, da schwoll und wölbte sich die Erde am Fuße der Eiche, als ob eine schwere Flüssigkeit an die Oberfläche dränge. Erneut hielt ich den Atem an. Der Erdhügel brach auf, die Erde teilte sich und spitze Krallen kamen zum Vorschein. Ich ballte meine Hände zu Fäusten, und angestrengt heftete ich meinen Blick darauf. Gleich passiert etwas, dachte ich. Die Krallen scharrten energisch die Erde zur Seite, das Loch wurde schnell größer. Und aus dem Loch kam ein grünes Monster gekrochen.

Das Monster war mit schillernden grünen Schuppen bedeckt. Es schlüpfte aus der Erde, schüttelte sich und klopfte die Erde von seinen Schuppen. Es hatte eine sonderbare lange Nase, deren Grün zur Spitze hin immer dunkler wurde. Das Ende war schmal und dünn wie eine Peitsche. Nur seine Augen waren wie die eines Menschen. Ich schauderte. In diesen Augen wohnten richtige Gefühle. Genau wie bei dir und mir.

Langsam näherte sich das Monster dem Eingang unseres Hauses und klopfte mit seiner dünnen Nasenspitze an die Tür. Dong dong dong dong, hallte es trocken im Haus wider. Ich schlich, damit das Monster mich nicht bemerkte, auf Zehenspitzen ins hintere Zimmer. Ich konnte noch nicht einmal schreien. In unserer Umgebung stand kein einziges Haus, und mein Mann kam erst spät in der Nacht von der Arbeit zurück. Ich konnte auch nicht zur Hintertür hinaus fliehen, denn in unserem Haus gab es nur eine Tür, und an diese klopfte das eklige grüne Monster. Ich atmete die ganze Zeit so leise ich konnte und tat, als existierte ich nicht. Ich hoffte, das grüne Monster würde aufgeben und irgendwohin verschwinden. Aber das Monster gab nicht auf. Es machte seine Nasenspitze noch dünner, steckte sie ins Schlüsselloch, tastete rukkelnd darin herum und öffnete schließlich einfach das Schloß. Mit einem Klicken löste sich der Schnapper, dann öffnete sich die Tür ein wenig. Stück für Stück schob sich die Nase durch den Spalt. Wie eine Schlange, die ihren Kopf reckt, um die Lage zu erforschen, blickte sie sich eine ganze Weile in alle Richtungen um. Ich hätte lieber gleich bei der Tür mit einem Messer warten und die Nasenspitze mit einem Schlag abhacken sollen, dachte ich. Ich habe in der Küche eine ganze Reihe scharfer Messer. Doch als hätte es meine Gedanken durchschaut, grinste das Monster. »Auch wenn du das getan hättest, hätte es dir nichts ververnützt«, sagte das grüne Monster. Es hatte eine sonderbare Art zu sprechen. Als habe es nicht richtig sprechen gelernt. »Meine Nase ist ist ist wie der Schwanz einer Eidechse, auch wenn sie noch so oft abschneidet, sie wächst immer wieder nach. Jedesmal wird sie stästärker und länger. Es ist ausausaussichtslos.« Daraufhin ließ das Monster seine unheimlichen Augen wie Kreisel rollen.

Kann dieses Wesen etwa menschliche Gedanken lesen? fragte ich mich. Das wäre schrecklich. Ich ertrage es nicht, daß irgend jemand, wie es ihm gefällt, meine Gedanken liest. Besonders, wenn es sich dabei um ein undurchschaubares unheimliches Monster handelt. Mir brach am ganzen Körper kalter Schweiß aus. Was hat dieses Wesen eigentlich mit mir vor? Will es mich fressen? Oder mich mit sich unter die Erde nehmen? Gott sei Dank ist es nicht so häßlich, daß ich es nicht ansehen könnte, dachte ich. An seinen dünnen rosa Armen und Beinen, die unter den grünen Schuppen hervortraten, wuchsen lange Krallen, die von außen fast niedlich wirkten. Bei näherem Hinsehen schien das Monster nicht unbedingt böse zu sein oder feindliche Absichten gegen mich zu hegen.

»Natürlich nicht«, sagte es und neigte seinen Kopf. Dabei klapperten seine grünen Schuppen, als habe man leicht an einem mit Kaffeetassen vollgestellten Tisch gerüttelt. »Ich hat nicht vor, Sie zu fressen, was für eine schreckliche Vorstellung. Was sagt Sie da bloß? Ich hegt keine bösen oder feindlichen Absichten gegen Sie, keikeineswegs«, sagte das Monster. Keine Frage, dieses Wesen kannte jeden meiner Gedanken.

»Hören Sie, meine Dame meine Dame, ich ist verkommen, um Ihnen einen Heiratsantrag zu machen. Versteht Sie? Ich ist extra von tief tief unten heraufverkrochen verkommen. Es war äußerst schwierig. Ich mußte viel viel Erde wegscharren. Meine Krallen sind ganz ruiniert. Wenn ich böse Absichten hegte böse Absichten hegte böse Absichten hegte, hätte ich solche Strapazen wohl nicht auf mich vernommen. Ich liebt Sie liebt Sie, ich konnte es nicht mehr aushaken, deswegen ist ich hierher gekommen. Ich hat tief tief dort

unten immer an Sie verdacht. Ich hat es nicht mehr ausverhalten und ist hierher heraufverkrochen krochen. Alle haben versucht, mich umzustimmen. Aber ich konnte es nicht mehr ausverhallen. Es hat ziemlich viel Mut ververkostet. Denn Sie könnte es ja auch schamlos finden, daß ein Monster wie ch um Ihre Hand anhält.«
In der Tat, dachte ich im stillen. Du bist ein unverschämtes Monster, einfach um meine Hand anzuhalten, in diesem Moment zeigte sich ein Ausdruck der Trauer auf dem Gesicht des Monsters. Und auch die Schuppen lahmen, als ob sie seine Traurigkeit nachempfänden, eine leicht violette Färbung an. Der ganze Körper des Monsters schien ein wenig kleiner geworden zu sein. Mit verschränkten Armen starrte ich auf das geschrumpfte Monster. Möglicherweise verwandelt sich das Monster, sobald sich seine Gefühle verändern. Vielleicht verbirgt sich hinter seinem eklig garstigen Aussehen ein Herz, das veich und verletzbar ist wie ein frischer Marshmallow. n das stimmt, stehen meine Chancen nicht schlecht. Ich machte einen erneuten Versuch. Du bist ein garstiges Monster, dachte ich mit lauter Stimme. So laut, daß mein Herz davon widerhallte. *Du bist ein garstiges Monster.* Die Schuppen des Monsters färbten sich zusehends violett. Seine Augen schwollen dramatisch an, als füllten sie sich mit all meiner Bosheit. Wie grüne Feigen traten sie aus seinem Gesicht hervor, und dicke Tränen kullerten heraus wie roter Saft.
Ich hatte keine Angst mehr vor dem Monster. Ich versuchte, mir die grausamsten Szenen vorzustellen, die ich mir ausdenken konnte. Mit Draht fesselte ich das Monster an einen großen schweren Stuhl und rupfte ihm mit einer spitzen Pinzette einzeln jede seiner grünen Schuppen aus. Ich erhitzte die Spitze eines scharfen Messers über dem Feuer, bis sie glühte, und brachte ihm in seine fetten weichen pfirsichfarbenen Waden mehrere tiefe Schnitte bei. Ich bohrte ihm mit aller Kraft einen glühenden Lötkolben in seine wie Feigen aufgequollenen Augen.
Immer, wenn ich mir etwas Neues ausgedacht hatte, krümmte sich das Monster unter unerträglichen Schmerzen, stieß lange gequälte Schreie aus, wand sich und litt, als sei es diesen Torturen tatsächlich ausgesetzt. Bunte Tränen traten aus seinen Augen, eine dickliche Flüssigkeit tropfte herab, und aus seinen Ohren stieg graues Gas, das nach Rosen duftete. Aus seinen geschwollenen Augen sah es mich die ganze Zeit vorwurfsvoll an. »Meine Dame, ich bittet Sie, um Gottes willen, denkt Sie nicht solch schreckliche Dinge«, sagte das Monster. »Auch wenn Sie sie nurnurnur denkt, tut Sie es bitte nicht«, sagte das Monster traurig. »Ich hat nichtsichts Böses im Sinne. Ich tut Ihnen bestimmt nichts Böses. Ich hat nur an Sie gedachtdachtdacht.«
Aber ich hörte gar nicht hin. Das ist kein Spaß! Du kommst aus meinem Garten hervorgekrochen, schließt ohne jede Entschuldigung die Tür auf und be- trittst einfach mein Haus, dachte ich. Ich habe dich nicht hergebeten. Ich denke, was ich will; das ist mein Recht. Und ich dachte mir noch schrecklichere Dinge aus. Mit allen möglichen Maschinen und Werkzeugen folterte und zerlegte ich den Körper des Monsters. Ich ließ keine Methode aus, mit der man lebendige Wesen quälen und sie in ihren Qualen sich winden lassen kann. Monster, du kennst die Frauen nicht. In diesen Dingen bin ich sehr erfinderisch, sehr erfinderisch.
Doch bald zerliefen die Konturen des Monsters, und sogar seine prächtige grüne Nase schrumpfte, bis sie aussah wie ein Regenwurm. Das Monster krümmte und wand sich am Boden. Seine Lippen bewegten sich, als wollte es mir zuletzt noch etwas sagen. Es war ganz ernst, als wollte es mir eine ungeheuer wichtige alte Weisheit übermitteln, die es weiterzugeben vergessen hatte. Aber seine Lippen hielten inne vor Schmerz, verschwammen und verschwanden schließlich ganz. Die Gestalt des Monsters wurde dünn wie ein Schatten in der Abendsonne, einzig seine traurigen geschwollenen Augen hingen noch in der Luft, als falle es ihnen schwer, sich zu trennen. Das hat auch keinen Zweck, dachte ich. Was du auch siehst, es nützt dir nichts. Du kannst nichts sagen. Du kannst nichts tun. Dein Leben ist ausgelebt, vorbei. Bald darauf lösten sich auch die Augen in Leere auf, und still senkte sich die Dunkelheit der Nacht ins Zimmer:

TERMINE

FR. 2.9. 22:00 REGGAE CORNER

SA. 3.9. 10:00 NAZIAUFMARSCH VERHINDERN !
22:00 DEMO-PARTY GEGEN NAZIS

FR. 9.9. 21:00 PUNK-KONZERT:NOVEMBER 13TH + MESS-PRODUKTION + MALLRATS

SA. 10.9. 22:00 LESBISCHWULE SCHLAGER-PARTY

FR. 16.9. 21:00 CRUSH HOUR CONCERTS:GRÄTENKINDER + KLEINSTADTHELDEN

SA. 17.9. 22:00 MÄNNERFABRIK SO. 18.9. 16:00 GOTHIC - TREFF

FR. 23.9. 23:23 TEONANACATL (GOA-PARTY)

SA. 24.9. 22:00 ROSA DISCO

FR. 30.9. 21:00 HIP HOP PARTY "TOBA'S REALEASE PARTY" - LINE UP: OLII BANJO +
ITALO RENO & GERMANY + TOBA & RBT (MICKILL, LUXUS, AFROMATIC, M-KAY) + MORTIS ONE JACKPOT + ILLVIBE ALLSTARS SPECIAL
GUESTS: DJ NICON+ K-FOUR (NYC) + TOXIC (B-BOYS)

OTHEKE ARISTOKRATIE ANTKE AUTOPSIE ABSOLUTION AKTION AKNE AROGANZ ALM ALEGORIE ARCHIV ANFANG

REGELMÄSSIGE TERMINE

AUTONOMIE ANTHOLOGIE ANSTURM ARZNEI AMPULLE ASTRONAUT ARTIKULATION AUSBEUTUNG

WÖCHENTLICH:

MO. 18:00 ARCHIV

MO. 18:00 CRUSH HOUR CONCERTS

MO. 20:30 ANTIFA - CAFE

DO. 17:00 JUGENDCAFE "KALUPPE"

DO. 18:00 SCHÜLERINNENBÜNDNIS "SWIMMY"

DO.19:00 VOKÜ, DANACH KNEIPE

DO. 21:00 OLDENBURGER RECHTSHILFE

MONATLICH:

1. MI. 20:00 FRAUENLESBEN KNEIPE

2. MO. 20:00 POLITISCHE WERKSTATT
2. FR. 20:30 NUTZERINNENPLENUM